

# Die Situation im Nahen Osten

## *Eine geopolitische Analyse mit Lösungsvorschlägen*

### *von Wolfgang Gedeon*

(Erstfassung 22.11. 2014 / zuletzt geändert 25.11.2014, \*) siehe Textende)

#### **Einleitung: Über Geopolitik allgemein**

Im Oktober 2014 habe ich dem AfD-Landesparteitag in Kirchheim einen Resolutionsvorschlag mit dem Thema *Zum Flüchtlingsstrom aus Nahost und zur Bedrohung durch den Islamischen Staat (IS)* vorgelegt. Nach heftigen Diskussionen wurde er an die Landesfachausschüsse verwiesen. Nicht zuletzt der geopolitische Aspekt und die besondere Verantwortlichkeit der USA sollten weiter diskutiert werden.

In der Tat liegt hier der Kern des Problems, denn das Flüchtlingselend ist letztlich ein „Kollateralschaden“ der Geopolitik. Als ausdifferenzierte Explikation meiner Resolution lege ich deshalb im Folgenden eine geopolitische Analyse des Nahen Ostens vor - nach dem EU- und dem Ukraine-Problem derzeit das dritte große Thema deutscher Außenpolitik!

In der Geopolitik geht es um Macht- und Einflußsphären. Wenn manchmal auch kleinere Staaten große Wirkungen erzielen können, sind es doch nur ein paar große, die nachhaltig und aktiv gestaltend wirken: die USA, China, Russland und, mit Einschränkungen und bislang eher diffus, Europa und der islamische Kulturkreis. Nachdem die Welt durch Weltkriege und technische Globalisierung zusammengerückt ist, können wir jetzt im eigentlichen Sinn des Wortes von „Geopolitik“ sprechen: eine Politik, die die (gesamte) *Erde* erfasst. [„Geo“ von griechisch *gä* = die Erde]

Mit dem Zweiten Weltkrieg entstanden zunächst zwei große Machtblöcke, der US-amerikanische und der sowjetrussische. 1989 brach letzterer zusammen. Einige sahen nun das „Ende der Geschichte“ gekommen (F. Fukuyama) und glaubten, Politik würde sich nur noch als Verwaltung des politisch Erreichten abspielen. Tatsächlich aber war aus einer geopolitisch bipolaren eine unipolare Situation entstanden, in der die verbliebene Supermacht die übrige Welt relativ eigenmächtig im eigenen (amerikanischen) Sinn gestalten konnte. Sie missachtete zunehmend die Verrechtlichung der internationalen Situation, die sich in den Jahrzehnten zuvor entwickelt hatte und vor allem im Regelwerk der UNO ausdrückte: Aggressionskriege (Serbien) firmierten als „humanitäre Interventionen“, Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats wurden durch sog. „Koalitionen der Willigen“ (Irak) ersetzt usw.

Die theoretischen Leitlinien zur neuen US-Strategie lieferten verschiedene Geopolitiker, allen voran Z. Brzezinski mit seinem 1997 erschienenen Klassiker *Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Der Autor zeigt, wie die USA ihre Supermachtrolle nicht nur erhalten, sondern ausbauen können mit dem Ziel, ihr eigenes Zivilisationsmodell dem Rest der Welt überzustülpen. Dies sei angeblich die historische Mission der USA. Wenn die ganze Welt dann amerikanisiert sei, bräuhete es auch nicht mehr die USA als Staat, die deshalb als „erste, einzige und auch letzte echte Supermacht“ gesehen werden müssten!

Diverse Politamateure gerade in Deutschland halten solche macht- und sicherheitsbasierte geopolitische Überlegungen für überkommen und wollen sie durch völker- und menschenrechtsbasierte Leitlinien ersetzen. Das ist zumindest idealistisch naiv, in der Außenpolitik sogar gefährlich. Denn hier – niemand demonstriert dies besser als die USA - entscheidet in letzter Instanz nicht Moral, sondern Macht. Wenn man also die Niederlage nicht zur Tugend erheben will, sollte man sich tunlichst mit Geopolitik befassen!

### **Die geopolitischen Freunde der USA im Nahen Osten**

Die wichtigsten *geopolitischen Akteure* im Nahen Osten sind, in dieser Reihenfolge: die USA, Israel, der Iran, Russland und die Türkei. Betrachten wir zunächst die Situation des amerikanischen Hauptakteurs! Die USA stützen sich auf vier bevorzugte Partner: Israel, dann Saudi Arabien, schließlich die Türkei und Ägypten. Israel kommt ein absoluter Sonderstatus zu, was im wesentlichen US-innenpolitische Gründe hat. Bekanntlich wurde der jüdische Staat aufgrund eines Zweidrittelmehrheitsbeschlusses der UN-Vollversammlung vom November 1947 als eigener Staat in Palästina gegründet. \*) Es ging um die humanitäre Idee, verfolgten Juden aus aller Welt eine Zufluchtsstätte zu gewähren.

Zunächst war Israel gegenüber seinen feindlichen Nachbarn eher defensiv und auch existenziell bedrängt. Erst mit dem Sechstagekrieg von 1967 - von vielen als Aggressionskrieg eingeschätzt, militärisch aber eher als „Präventivschlag“ zu sehen - kippte die Situation: Israel wurde zur stärksten Militärmacht des Nahen Ostens. Es trat dem Atomwaffen-Sperrvertrag von 1968 / 70 nicht bei, sondern bewaffnete sich atomar und kann jetzt seinerseits seine nicht über Atomwaffen verfügenden Nachbarn existenziell bedrohen. Auch betreibt Israel seit dem Sechstagekrieg eine völkerrechtswidrige Besatzungspolitik (Westjordanland, Ostjerusalem) und leistet sich bei der Niederschlagung palästinensischer Terroristen Kriegsverbrechen, die bei jedem anderen Staat international sanktioniert würden. Man denke an Bomben auf Schulen, Krankenhäuser, UN-Gebäude etc.!

Die USA betrachten Israel als vorgeschobenen Posten der westlichen Welt und gewähren ihm ohne irgendwelche Einschränkungen Rückendeckung für alles. Diese bedingungslose Freundschaft mit Israel ist nicht eine, sondern *die* Konstante amerikanischer Außenpolitik. Es wird in absehbarer Zeit keinen amerikanischen Präsidenten geben, der dies ändern kann oder auch nur ändern will.

#### *Saudi Arabien*

Während die siamesische Verbindung von USA und Israel offensichtlich ist, läuft das amerikanisch-saudische Verhältnis weniger öffentlich ab. Im Februar 1945 trafen sich der amerikanische Präsident Roosevelt und der saudische König Abdalaziz Bin Saud auf einem amerikanischen Kriegsschiff im Roten Meer. Die saudische Dynastie verpflichtete sich, den USA unter allen denkbaren Umständen Öl zu liefern, die im Gegenzug versprachen, das saudische Königshaus unter allen Umständen gegen feindliche Bedrohungen zu verteidigen. Die Freundschaft mit Israel ist geo- und innenpolitisch und auch ideologisch begründet ist, die mit Saudi-Arabien nur materiell-ökonomisch. Aus der besonderen geostrategischen bzw. geoökonomischen Beziehung der Saudis zu den USA erklärt sich aber, wie schon im Fall Israels, eine Sonderbehandlung des extrem islamistisch-reaktionären Saudi-Staates durch den Westen. Man denke z. B. an die Hetztiraden gegen Russland, wenn dort der

Christopher-Street-Day verboten wird! In Saudi-Arabien aber gibt es nicht nur keinen Christopher-Street-Day. Hier werden die Schwulen einfach aufgehängt. Und wie reagiert der Westen - er liefert Panzer nach Saudi-Arabien! Diese verlogene Menschenrechtspolitik macht den Westen moralisch unglaubwürdig vor aller Welt.

In letzter Zeit deuten sich Risse in den US-saudischen Beziehungen an. Durch Fracking sind die USA öl-unabhängiger geworden. Auch können sie angesichts der Stärke des IS eine konfrontative Linie gegen Iran und Syrien immer weniger so durchsetzen, wie es Riad von ihnen erwartet. Schließlich war und ist die erbitterte Feindschaft zwischen ihren beiden Vorzugspartnern Saudi Arabien und Israel seit eh und je ein Grundproblem der USA in Nahost. Dennoch funktioniert die Achse Washington – Riad noch immer, was jetzt wieder durch die Ölpolitik der Saudis deutlich wird. Auf Drängen der USA produzieren sie zusätzliches Öl und werfen es auf den Weltmarkt. Der Ölpreis fällt, und die Amerikaner hoffen, in ihrem Wirtschaftskrieg gegen Putin so den Öllieferanten Russland nachhaltig zu schwächen.

### *Die Türkei und Ägypten*

Nach Israel und Saudi-Arabien spielen für die Amerikaner Ägypten und die Türkei im Nahen Osten eine besondere Rolle. Bis zum Sechstagekrieg war **Ägypten** den USA gegenüber eher feindlich eingestellt. Dessen damaliger Präsident Abdel Nasser war die führende Figur des säkular-nationalistisch ausgerichteten panarabischen Widerstands gegen die israelische Staatsgründung. Dieser brach mit dem fulminanten Sieg der Israelis in sich zusammen, und die Nachfolger Nassers vereinbarten 1979 in Camp David (zusammen mit Jordanien) einen Friedensvertrag mit Israel. Die anderen Staaten des Nahen Ostens waren dazu bis heute nicht bereit.

\*) Seit Camp David bekommt Ägypten massive Unterstützung durch die USA. Die letzten Jahre waren es über eine Milliarde \$, die nicht in die Staatskasse, sondern direkt ans Militär flossen, so dass gerade dieses den USA äußerst verbunden ist. Dann aber unterstützten die USA 2011 zunächst intensiv die Tahir-Bewegung, die zum Sturz Mubaraks führte, und arrangierten sich anschließend sogar mit dem islamistischen Präsidenten Mursi. Durch den Militärputsch sind jetzt zwar wieder ihre alten Freunde des Militärs an der Macht, die alten Verhältnisse aber nur scheinbar wieder hergestellt. Denn Ägypten ist für die USA jetzt ein wesentlich unsicherer Bündnispartner als zu Mubaraks Zeiten. Die Militärs nehmen es den Amerikanern übel, dass sie Mubarak haben fallen lassen. So sind sie dabei, nach außenpolitischen Alternativen Ausschau zu halten und flirten dabei heftig mit den Russen: Al-Sisi zu Besuch in Moskau, ein Zwei Milliarden \$ - Waffengeschäft und anderes.

\*) Die Amerikaner müssen sich also anstrengen, verlorenen Boden wiederzugewinnen: Der US-Außenminister fährt nach Kairo, amerikanische Apache-Hubschrauber werden geliefert und die USA haben ihre Militärhilfe für Ägypten wieder aufgenommen. Wenn es den Amerikanern gelingt, Russland durch die Sanktionen-Politik nachhaltig zu schwächen, wird sich wohl auch Ägypten wieder stärker an die USA anlehnen. Im gegenteiligen Fall dürften sich die geopolitischen Verhältnisse nicht nur in Europa, sondern auch im Nahen Osten grundsätzlicher ändern.

Die **Türkei**, seinerzeit noch wirtschaftlich schwach und politisch machtlos, wurde bereits 1952 von den Amerikanern in die NATO aufgenommen und damit in den Westen eingebunden. Die USA sehen in der Türkei einen wichtigen Brückenstaat zum Nahen Osten im Sinne eines potentiellen US-Statthalters in dieser Region. Deshalb drängen sie auch die Europäer, die Türkei unbedingt in die EU aufzunehmen. Sie wollen sie noch stärker in den Westen einbinden - die Aufnahme der Türkei in die EU also eine im wesentlichen geopolitische Forderung der USA und keine europäische Idee! Denn ohne amerikanischen Druck käme mutmaßlich kein europäischer Politiker auf die Idee, ausgerechnet die Türkei in die EU aufnehmen zu wollen.

Inzwischen ist der Staat am Bosphorus wirtschaftlich und auch politisch erstarkt und immer weniger bereit, sich bedingungslos amerikanischer Geostrategie unterzuordnen. Mit Aufkommen des sog. arabischen Frühlings glaubte er die Zeit für gekommen, eine von den USA unabhängige Außenpolitik in Richtung selbständiger Vormachtstellung in Nahost betreiben zu können. Durch den Sturz Mursis in Ägypten hat diese Politik jedoch einen Rückschlag erlitten.

Obwohl sie Erdogan für einen Islamisten halten und seine Zuverlässigkeit bezweifeln, halten die USA an den besonderen Beziehungen zur Türkei fest. Im Gegensatz zum kleinen Israel, das zudem von seinen Nachbarn als „Fremdkörper“ empfunden wird, sind Ägypten und die Türkei traditionell und kulturell im Nahen Osten verwurzelt, und im Gegensatz auch zum bevölkerungsarmen Wüstenstaat Saudi-Arabien haben beide Staaten von der Größe und vom Bevölkerungspotenzial her die Voraussetzungen, eine regionale Vormachtstellung (natürlich unter amerikanischer Vorherrschaft) einzunehmen. Außerdem praktizieren beide Staaten einen weniger fundamentalistischen und mehr säkular ausgerichteten Islam.

### **Die geopolitischen Feinde der USA im Nahen Osten**

Die *derzeitigen* Feinde der USA im Nahen Osten sind, in dieser Reihenfolge: Russland, Iran, Syrien, *Islamischer Staat* und China. Das Adjektiv „derzeitig“ ist zu betonen, weil die USA taktisch äußerst flexibel agieren. Zunächst halfen sie 1953 dem Schah Reza Pahlavi, die nationalistische Opposition unter dem damaligen Ministerpräsidenten Mossadegh auszuschalten. Im Laufe der Jahre isolierte sich freilich das Schah-Regime immer mehr von der Bevölkerung, so dass es 1979 dem aus dem Pariser Exil kommenden Ayatollah Chomeini gelang, Reza Pahlavi zu stürzen und das eher säkulare Schah-Regime durch einen theokratischen Staat abzulösen – ein herber Rückschlag für die amerikanische Nahost-Politik, zumal die iranischen Revolutionäre, alle Gesetze der Diplomatie missachtend, auch noch die amerikanische Botschaft besetzten und die Botschaftsangehörigen als Geiseln gefangen nahmen!

Im Folgenden war die US-Politik auf Einkreisung und Schwächung des Ayatollah-Systems ausgerichtet. Zunächst ermunterten die Amerikaner den Irak zu einem Krieg gegen den Iran. Dieser zog sich von 1980 bis zu einem Waffenstillstand 1988 hin, trauriger Höhepunkt der Giftgaseinsatz Saddam Husseins in Halabdscha, bei dem an die 5000 Kurden ums Leben gekommen sind. Die Amerikaner haben in diesem Krieg ihren späteren Feind Saddam Hussein groß gemacht, und sie ließen ihm sogar solch schwerste Kriegsverbrechen durchgehen, solange sie ihn als politisches Instrument im Nahen Osten benötigten.

Durch den Iran-Irak-Krieg wurde freilich der Irak auf Kosten des Irans deutlich gestärkt und den Amerikanern im Nahen Osten zu mächtig. Die Israelis fürchteten nun den Irak mehr als den Iran. Es galt, in der amerikanischen Nahost-Politik einen Schwenk zu vollziehen und den Irak jetzt als neuen Hauptfeind des Westens aufzubauen. So wurde 1990, um den ersten Irakkrieg vom Zaun zu brechen, der bis dahin treue US-Lakai Saddam Hussein in eine Falle gelockt: Die amerikanische Botschafterin in Bagdad signalisierte ihm, ein Einmarsch in Kuwait würde keine US-amerikanischen Reaktionen zur Folge haben. Tatsächlich aber griffen die Amerikaner nach dem Kuwait-Einmarsch sofort ein. Der amerikanische Präsident Bush sen. besiegte den irakischen Diktator, beließ ihn aber in stark geschwächten Zustand im Amt – im Gegensatz zu seinem Sohn George W. Dieser begann 2003 einen neuen Feldzug gegen den Irak; im übrigen auch völkerrechtswidrig, d.h. ohne UN-Mandat, und ohne Frankreich, Deutschland (Bundeskanzler Schröder) und Russland. Angeblich hätten sich die Iraker Massenvernichtungswaffen angeschafft, die freilich nie gefunden wurden.

Dieses Mal wurde Saddam Hussein nicht nur besiegt, sondern hingerichtet, und die Amerikaner versuchten an seiner Stelle ein prowestliches Regime im Sinne einer amerikanischen Demokratie zu etablieren. Dieser Versuch scheiterte völlig. Der Irakkrieg kostete mehr als 150.000 Menschen das Leben, und Chaos und Terror beherrschen seither das Land. Das schlimmste Ergebnis dieser Politik ist die erheblich angewachsene Macht des sog. *Islamischen Staats*, der sich 2003 als Reaktion auf den amerikanischen Einmarsch im Irak gegründet hat; damals noch unter dem Namen „ISIS“. Er erstarkte dann enorm im syrischen Bürgerkrieg 2013 und wurde 2014, für viele völlig überraschend, zur Mega-Bedrohung im Nahen Osten.

Auch im Hinblick auf den Iran haben die Amerikaner mit ihrem Irakkrieg das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollten: Durch den Sturz der sunnitischen Minderheit um Saddam wurden die schiitischen Kräfte gestärkt, und der Einfluss des Irans wuchs im Irak und in der gesamten Region. Jetzt mussten die Amerikaner wieder den Iran schwächen, was sie vor allem durch massive Wirtschaftssanktionen versuchten und noch immer versuchen. Israel, das durch potentielle iranische Atomwaffen das eigene Atomwaffenmonopol im Nahen Osten gefährdet sah, fühlte sich sogar berufen, einen Angriffskrieg gegen den Iran vorzubereiten. Die Amerikaner schreckten in letzter Konsequenz davor zurück. G. W. Bush widersetzte sich 2008, kurz vor dem Ende seiner Amtszeit, dem israelischen Anliegen und untersagte der israelischen Luftwaffe die Nutzung des irakischen Luftraums für einen Luftangriff gegen den Iran.

\*) In den letzten Monaten versuchen die Amerikaner, ihre konfrontative Politik gegen den Iran etwas zu entschärfen, indem sie ihm beispielsweise in den Atomwaffen-Verhandlungen etwas entgegenkommen. Ziel ist dabei, die Bindungen Irans zu Moskau zu lockern und ihn aus der festen Achse Moskau – Teheran – Damaskus, gerade auch in der Auseinandersetzung mit dem IS, langsam herauszubrechen. Durch die Interessen Israels, das sich hier jetzt schon lautstark zu Wort meldet, sind diesen amerikanischen Annäherungsversuchen an den Iran aber sehr, sehr enge Grenzen gesetzt.

## **Der sog. arabische Frühling und der Syrienkrieg**

2011 eine erneute Zäsur in der Nahostpolitik: In verschiedenen Staaten, beginnend in Tunesien, kam es zu antidiktatorisch, zum Teil westlich ausgerichteten Protestaktionen und Demonstrationen. Die Amerikaner sahen die Zeit gekommen, ihre Nahost-Strategie wieder einmal zu ändern und sich von den Diktaturen, die ihnen bislang wichtige Stabilisatoren im Nahen Osten waren, abzuwenden. Sie hofften, prowestliche Kräfte im vorderasiatischen und nordafrikanischen Raum als Staatsmacht etablieren zu können. So griffen sie mit einigen Verbündeten, vor allem Frankreich, militärisch in **Libyen** ein, um Gaddafi zu beseitigen. Mit ihm hatten sie die Jahre zuvor noch bestens zusammengearbeitet, nicht zuletzt bei Foltermaßnahmen. Auf Basis eines Beschlusses des UN-Sicherheitsrates schalteten sie die Saddamsche Luftwaffe aus, die dieser gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hatte - wie dies im übrigen das Kiewer Regime heute in der Ostukraine handhabt. Nach drei Tagen war der UN-Auftrag, die Ausschaltung der Saddamschen Luftwaffe, erfüllt.

Die Amerikaner machten allerdings weiter, jetzt nicht mehr legitimiert durch den UN-Sicherheitsratsbeschluss. Gegen den Willen Russlands, das dem ursprünglichen Beschluss noch zugestimmt hatte, und partiell auch den der deutschen Regierung münzten sie den UN-Auftrag völkerrechtswidrig in einen Auftrag zum Sturz des Gaddafi-Regimes und zur Etablierung prowestlicher Kräfte um. Doch auch dies ging ihnen in die Hose: In Libyen haben wir jetzt keine prowestliche Regierung, sondern den totalen Zerfall des Staates, der unter Gaddafi weitgehend funktionierte und sogar ein hochentwickeltes Sozialstaatssystem unterhielt. Jetzt herrscht Anarchie mit sich gegenseitig bekriegenden Milizen, und der *Islamische Staat* kontrolliert schon weite Teile der libyschen Küste und sorgt dafür, dass über Flüchtlingsboote IS-Terroristen nach Europa eingeschleust werden können. Darüber hinaus wurden auch die Nachbarstaaten Libyens destabilisiert, z.B. Mali, und wie im Irak sind wieder einmal Chaos und Terror das Ergebnis des amerikanischen Interventionismus.

\*) Nicht einmal in **Ägypten** klappte es mit einer prowestlichen Revolution. Die Amerikaner stellten sich auf die Seite der Tahir-Bewegung und hofften, el-Baradei oder einen anderen prowestlichen Politiker an die ägyptische Staatsspitze hieven zu können. Stattdessen wurde aber der Islamist und Moslebruder Mursi - auf demokratisch einwandfreie Weise – Staatspräsident. Trotz diverser Gegensätze arrangierten sich die Amerikaner mit ihm. Die ägyptische Bevölkerung war allerdings gespalten, und die Moslem-Brüder verschärften diese Spaltung und brachten weite Teile der Bevölkerung gegen sich auf. Auch mehrere islamische Staaten, z. B. Saudi Arabien, verweigerten Mursi die Unterstützung. So gelang es dem Militär, ihn in einem Putsch abzusetzen und zu verhaften. Seine Anhänger wurden zum Teil brutal verfolgt, und der Armee-General al-Sisi übernahm das Präsidentenamt. Man kann nicht sagen, dass die Verhältnisse unter al-Sisi demokratischer wären als unter Mubarak. Es ist auch viel Blut geflossen in Ägypten, aber zumindest hält sich der Schaden, den die hier nur „zivilgesellschaftlichen“ Interventionen der USA verursacht haben, in Grenzen: ein ziviles Leben ist noch möglich, und es gibt keine Flüchtlingsströme!

Anders in **Syrien**! Hier haben die Amerikaner das größte Desaster zu verantworten. Auch in diesem Staat glaubten sie, irgendwelche prowestliche Kräfte unterstützen zu müssen, die in der syrischen Bevölkerung aber nur gering verankert waren. Von Anfang an dominierten in der Anti-Assad-Opposition die Islamisten; zunächst der Al

Kaida-Abkömmling „Al Nusra-Front“; schließlich setzte sich auch hier wie im Nordirak die Terrororganisation des *Islamischen Staates* durch. Durch den Bürgerkrieg wurde der Assad-Staat territorial reduziert und insgesamt sehr geschwächt, gewann aber im Sommer 2013 gegenüber der Opposition nach und nach wieder an Boden.

Um Assad nicht weiter hochkommen zu lassen, suchten die Amerikaner nun fieberhaft nach einem Anlass für die Bombardierung Syriens und fanden ihn auch: Assad sollte für einen Giftgasangriff gegen die eigene Bevölkerung „bestraft“ werden, obwohl er diesen gar nicht zu verantworten hatte. Mehrere renommierte Zeitungen, auch in Deutschland, meldeten inzwischen, amerikanische Geheimdienste hätten Gespräche hoher türkischer Militärs abgehört, aus denen hervorgehe: Das türkische Militär hat den Islamisten in Syrien das Giftgas zugespielt, und diese haben es dann gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt, um die Amerikaner zu Bombenangriffen gegenüber Assad zu veranlassen. Obama hatte bekanntlich immer wieder theatralisch vor einem Giftgaseinsatz Assads gewarnt und dies als „Überschreiten einer roten Linie“ proklamiert.

Zu dieser von den USA geplanten völkerrechtswidrigen Bombardierung Damaskus' kam es jedoch nicht. Zum einen befürchtete Obama, die Wahrheit über die tatsächlichen Verursacher des Giftgasangriffes könnte zu schnell ans Tageslicht kommen. Zum anderen gelang den Russen eine diplomatische Offensive, die schließlich zur Vernichtung des syrischen Giftgases führte. Auf jeden Fall haben die Russen ihren Anteil daran, dass die Amerikaner ihre abwurfbereiten Bomben in Syrien nicht losgeworden sind.

### **Die neue amerikanische Strategie: „Wir setzen auf Chaos“**

Dennoch muss man sich fragen: Was hätten die amerikanischen Bombardements in Syrien eigentlich bewirken sollen? Eine Eroberung Syriens stand angesichts der übrigen militärischen Situation nicht zur Debatte. Obama selbst sprach von einer „Strafaktion“. Eine Strafe vor allem gegen die Zivilbevölkerung? Eine Schwächung Assads zugunsten der Opposition, die zu diesem Zeitpunkt schon für jedermann sichtbar unter islamistischer Führung stand? Also Bomben gegen Assad, um die Islamisten zu stärken?

Im *heute*-Journal interviewte damals Claus Kleber den Islamwissenschaftler Michael Lüders. Es war peinlich zu sehen, wie Kleber immer wieder versuchte, Assad den Giftgaseinsatz in die Schuhe zu schieben, obwohl es keinerlei Belege dafür gab. Lüders machte das deutlich; aber noch wichtiger: Er berichtete vom Besuch amerikanisch-israelischer Strategietagungen, die unter dem Motto gestanden hätten: „*Wir setzen auf Chaos*“. Damit wird eine neue taktische Kehre der USA im Nahen Osten formuliert. Wir erinnern uns: Bush sen. hat Saddam nicht eliminiert, sondern nur stark geschwächt und damit im Nahen Osten amerikanische Balance-Politik betrieben, sozusagen in der Nachfolge britischer *Balance of Power*-Politik. Sein Sohn hat dann als Präsident den Diktator im Zweiten Irakkrieg eliminiert, d.h. dessen gesamtes politisches System beseitigt, dabei aber immer noch versucht, eine prowestliche Alternative, somit eine *positive* Alternative zu etablieren. Er scheiterte allerdings im Chaos.

Sein Nachfolger Obama macht nun aus der Not des Chaos eine Tugend: „Wenn es uns Amerikanern schon nicht mehr gelingt, eine in unserem Sinn positive

proamerikanische Alternative ins Amt zu hieven“, so sagt er sich, „dann können wir zumindest eine antiamerikanische Alternative verhindern“; in diesem Fall einen syrischen Assad-Staat, der proiranisch und prorussisch ausgerichtet wäre. „Wir schwächen also Assad, indem wir mal mehr und mal weniger die gegen ihn kämpfenden Islamisten unterstützen. Auf jeden Fall lassen wir Syrien nicht zur Ruhe kommen, denn dieses Chaos ist für unsere geopolitischen Interessen allemal besser als ein funktionierender syrischer Assad-Staat. Damit ist das Chaos nicht mehr, wie noch im Zweiten Irakkrieg, ein mehr oder weniger unbeabsichtigter Kollateralschaden des US-Interventionismus im Nahen Osten, sondern es ist zum bewussten Kalkül amerikanischer Geopolitik geworden. Wenn man das verstanden hat, kann man auch das Verhalten der Amerikaner in der jetzigen vom IS- und Kurdenproblem bestimmten Nahost-Situation nachvollziehen.

Nach Iran und dem IS sind die Kurden der dritte Akteur im Nahen Osten, der vom amerikanischen Interventionismus profitiert hat. Im Norden des zerfallenden irakischen Staates ist es ihnen gelungen, ein relativ funktionierendes autonomes Gebilde zu errichten. Auch im Norden Syriens, vor allem in der Region *Afrin*, finden wir kurdische Autonomiegebiete mit zum Teil erstaunlich funktionierenden Infrastrukturen. Für die Amerikaner ergibt sich nun folgendes Problem: Einerseits sind die Kurden eher antiamerikanisch auf der Grundlage einer antiimperialistischen Ideologie. Auch sind sie der Erzfeind des primären Bündnispartners Türkei. Das Erstarken der kurdischen Bewegung und der Aufbau von Autonomiegebieten ließen in Ankara natürlich die Alarmglocken läuten.

Auf der anderen Seite sind die Kurden - die PKK mehr als die Peschmerga - die einzige Kraft, die in Syrien und im Irak dem *Islamischen Staat* Paroli zu bieten in der Lage ist. Der Terror des *Islamischen Staats* wirkt weltweit so abstoßend, dass niemand Verständnis dafür aufbrächte, wenn die Amerikaner zuschauten, wie die Türken den Kurden in den Rücken fallen und der *Islamische Staat* die kurdischen und anderen Minderheiten abschlachtet.

Was also tun? Man unterstützt die Kurden ein bisschen; gerade so viel, dass sich der IS nicht gegen sie durchsetzt - aber auf keinen Fall so viel, dass sich die Kurden gegen den IS durchsetzen. So unterstützen die Amerikaner also die Kurden mit einzelnen Bombenangriffen gegen den *Islamischen Staat*. Die Botschaft für die Weltöffentlichkeit: Die USA sind gegen den IS-Terror! Tatsächlich aber bombardieren sie wieder einmal völkerrechtswidrig, weil ohne Zustimmung der Regierung in Damaskus, den Norden Syriens und zerstören dort vor allem Ölfelder und Getreidespeicher, was den Kurden in der Region und dem Assad-Staat nicht weniger schadet als dem IS. Gleichzeitig hindert die türkische Regierung kampfwillige Kurden mit Polizei und Tränengas, über die türkische Grenze ins irakisch-syrische Kurdengebiet einzudringen und sich den dortigen Kampfverbänden anzuschließen. Das Eindringen islamistischer Dschihadisten ins Kriegsgebiet wird dagegen von der türkischen Regierung gezielt gefördert.

Die Kurden sollen sich also nicht durchsetzen, der IS aber auch nicht. Beide sollen sich im Sinne türkischer und amerikanischer Interessen gegenseitig schwächen und zerreiben - ein anhaltendes Kriegschaos als politisches Kalkül!

## Die Situation der weiteren Akteure

Bis jetzt habe ich das Geschehen aus US-amerikanischer Perspektive beleuchtet. Nun möchte ich noch Sichtweise und Interessen der anderen Akteure beleuchten.

### *Iran*

Der Iran ist trotz massiver westlicher Destabilisierungsversuche ein relativ stabiler, wenn nicht der stabilste Staat im Nahen Osten. Allein das ist für den Westen schon eine Provokation. Zudem steht der persische Staat im Verdacht, nicht mehr weit von der Herstellung atomarer Waffen entfernt zu sein, was ihn speziell für Israel, aber auch für die USA auf Position eins ihrer Abschussliste setzt. So suchen die Iraner Rückendeckung vor allem bei Russland und China. Für die Russen sind sie, nach China und Indien, der drittgrößte Handelspartner. Russland versucht auch, die Auswirkungen des westlichen Wirtschaftsboykotts gegen den Iran zu unterlaufen. So wurde zum Beispiel ein Tauschgeschäft vereinbart, bei dem Russland Öl aus dem Iran geliefert bekommt und gleichzeitig der Iran Waren von Russland im Wert von ca. 1,5 Milliarden \$ pro Monat bezieht. [siehe Website *Kopp-Verlag*]

Neben wirtschaftlichen Verbindungen zu *Syrien*, z. B. durch Erdgas-Pipelines, versucht der Iran über dieses Land auch seine Verbindung zum Mittelmeer aufrechtzuerhalten inklusive der Verbindung zur schiitischen Hisbollah im Libanon. Auch die *Kurden* betrachtet der Iran als potentielle Verbündete: Als einer der ersten lieferte er Geld für deren autonome Regionen. Wie Israel die Spinne im amerikanischen Netz des Nahen Ostens, so ist es der Iran im anti-amerikanischen. Er stellt damit einen wichtigen geopolitischen Balance-Faktor in dieser Region dar.

### *Türkei*

Die Türkei verfolgt geopolitisch eine Doppelstrategie. Lang war die Einbettung in die NATO und damit in den Westen (mit der perspektivischen Einbindung in die EU) die Hauptsäule ihrer Außenpolitik. Mit dem Aufkommen des sog. arabischen Frühlings witterte man Morgenluft am Bosphorus: Hat man doch zumindest mittelfristig den Anspruch, aus dem westlichen Schatten herauszutreten und im Nahen Osten eine Vormachtstellung einzunehmen. Innenpolitisch orakelt Erdogan, die Demokratie sei für ihn der Zug. Wenn er am Bahnhof sei, würde er aussteigen. Außenpolitisch könnte man entsprechend extrapolieren: Der Westen ist für ihn ein Zug. Wenn er am Bahnhof ist, d.h. stark genug für eine regionale Vormachtposition, dann steigt er wieder aus; will heißen: Er wird versuchen, sich der amerikanischen Vorherrschaft zu entledigen. Das Scheitern des arabischen Frühlings, insbesondere der Sturz des ägyptischen Präsidenten Mursi, den Erdogan als engen Bündnisgefährten einschätzte, hat die Türkei in der Verfolgung dieser Strategie zurückgeworfen, so dass sie trotz lautstarker gegenteiliger Rhetorik jetzt wieder enger mit dem Westen wird kooperieren müssen.

Das größte Problem und der größte Feind der Türken sind die Kurden. Gegen sie unterstützen sie den IS, lassen ihn Öl in der Türkei verkaufen (für angeblich 1 bis 2 Millionen \$ täglich) und behandeln IS-Dschihadisten in türkischen Krankenhäusern. Die IS-Terroristen können, wie kürzlich geschehen, sogar öffentliche Ramadanfeiern in Istanbul abhalten! Auch Hinweise für Geldzahlungen und Waffenlieferungen gibt es. Sie sind schwer zu belegen, von der türkischen Interessenslage her aber

durchaus denkbar. Zweifelsfrei ist, dass die Türkei IS-Dschihadisten über die eigene Grenze ins Kriegsgebiet schleust und damit den IS direkt unterstützt.

Die Kurden werden dagegen, wie schon berichtet, mit allen Mitteln gehindert, ihren Stammesgenossen im Irak und in Syrien zu Hilfe zu kommen. Wenn man gelegentlich 100 oder 200 von ihnen mit großem propagandistischen Getöse ausreisen lässt, dient dies innenpolitisch der Beschwichtigung der eigenen Kurden. Außenpolitisch soll es die moralisch empörte Bevölkerung in den westlichen Staaten beruhigen. Die Strategie Ankaras zielt, wie die der USA, darauf ab, die Kurden sich in der Auseinandersetzung mit dem IS verschleißen zu lassen. Dadurch, so hofft man, würde man langfristig kurdisch-autonomen Bestrebungen im eigenen Land den Boden entziehen.

Der zweite Feind der Türken, nach den Kurden, ist der Assad-Staat. 2008 machten die Familien Erdogan und Assad noch gemeinsam Urlaub in der Türkei. Heute ist das Verhältnis zwischen beiden vollständig zerrüttet. Ankara sieht jetzt in Assad (geopolitisch) vor allem den Bündnispartner des Iran und damit ein wesentliches Hindernis für das eigene regionale Vormachtstreben. Auch die Bindungen Syriens an Russland spielen in diesem Sinn eine Rolle.

Die türkisch-russischen Beziehungen haben sich zuletzt deutlich verschlechtert. Beispielsweise ließ Erdogan in Ankara russische Aufklärungstechnik konfiszieren, woraufhin Putin seinen geplanten Staatsbesuch in der Türkei absagte. Wie weit die USA im Hintergrund dazu beigetragen haben, das Verhältnis Moskau - Ankara zu verschlechtern, kann nicht explizit nachgewiesen werden, entspräche aber ihrer geostrategischen Logik.

Der religiöse Gegensatz zwischen dem säkular ausgerichteten Alawiten Assad und dem strenggläubigen Sunniten Erdogan dürfte keine entscheidende Rolle spielen, kann aber als i-Pünktchen dieses Konfliktes gesehen werden.

### *Syrien, Irak, Kurden*

*Irak* und noch mehr *Syrien* stehen mit dem Rücken zur Wand. Bei ihnen geht es um die nackte staatliche Existenz, die in beiden Staaten durch die Autonomiebewegung der Kurden und noch mehr durch die Sunniten des *Islamischen Staats* massiv gefährdet ist. Bricht im Norden des Irak die kurdische Front zusammen, dürfte dieser Staat insgesamt eine Beute des IS werden. Passiert Entsprechendes in Syrien, dann kann sich Assad vielleicht, wenn er gleichzeitig nicht weiter vom Westen attackiert wird, in einem Reststaat noch behaupten.

Die *Kurden* haben bislang von der politischen Entwicklung im Nahen Osten profitiert. Jetzt aber werden sie offensichtlich auf dem Altar westlicher und türkischer Interessen langsam, aber sicher geopfert. Eine Veränderung der Situation wäre durch eine Veränderung der US-westlichen Strategie denkbar. Diese dürfte jedoch nicht durch die USA initiiert werden, sondern allenfalls durch Europa, das durch einen anhaltenden Flüchtlingsdruck dazu gezwungen werden könnte.

### *Russland, China, Europa*

Russland ist in der Nahostregion stark **wirtschaftlich** involviert: im Iran, in Syrien, auch in Ägypten und der Türkei und sogar in Saudi-Arabien. Dabei geht es nicht nur

um Erdgas-Pipelines, sondern auch um die Lieferung von Atomkraftwerken - ein Markt, auf dem sich Russland mit Hightech-Produkten zu profilieren versucht.

Des Weiteren spielt für die Russen der **Islam** eine Rolle. Russland selbst ist von der Bevölkerung her zu etwa 15 % muslimisch (ca. 20 Millionen muslimische Einwohner). Acht seiner 21 Teilrepubliken tragen einen islamischen Namen, und der Islam gehört insofern zu Russland, als er hier schon vor dem Christentum vereinzelt auftrat. In diesem Sinn will Russland eine Vermittlerrolle zwischen dem christlichen resp. säkularen Westen und dem islamischem Nahen Osten spielen und nicht zuletzt auch verhindern, dass der Terror des *Islamischen Staats* auf russisches Staatsgebiet übergreift. Sollten dessen Milizen im Nahen Osten erfolgreich sein, wären ihre nächsten Ziele Zentralasien und die transkaukasische Region, somit auch russisch regiertes Territorium!

Im übrigen kämpfen schon heute krimtatarische Gruppen des *Islamischen Staats* auf Seiten der Kiewer Regierung in der Ostukraine und wollen damit Russland treffen. Die Russen dagegen unterstützen konsequent alle gegen die terroristische IS-Internationale gerichteten Kräfte. Ginge es den USA ernsthaft um die Ausschaltung des IS, müssten sie schon von daher mit Russland kooperieren. Dies ist aber nicht der Fall.

Schließlich der **geopolitische** Aspekt: Im Sinne einer multipolaren, d.h. einer nicht mehr von den USA unipolar dominierten Weltordnung versuchen die Russen, den noch amtierenden Welthegeemon auch im Nahen Osten zu schwächen. Anti- oder zumindest a-amerikanische Koalitionen von Staaten sollen so ein Gegengewicht zur US-Macht bilden. In diesem Sinn bemüht sich Russland, bislang mit nur begrenztem Erfolg, um die Türkei (siehe oben), Ägypten, den Irak und sogar Saudi-Arabien, unterstützt in besonderer Weise den Iran und Syrien und setzt sich mit allen Kräften für den Erhalt der territorialen Integrität Syriens und des Irak ein.

Die **chinesische Position** im Nahen Osten ist der russischen ähnlich. Die Chinesen bleiben aber politisch mehr im Hintergrund. Stärke und Hegemonialstreben demonstrieren sie im Umkreis der eigenen Staatsgrenzen. Außerhalb davon beschränken sie sich eher auf wirtschaftliche und allenfalls diskrete politische Einflussnahme. Als bedeutende **geostrategische Offensive** muss die *Shanghai Cooperation Organization (SCO)* gewertet werden. Sie wurde 2001 von Russland und China gegründet. Weitere Mitglieder sind Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan. Durch die SCO entsteht dem Westen in Nahost von Zentralasien her ein ernstzunehmendes geopolitisches Gegengewicht.

Was die **Europäer** anlangt, so sind sie weitgehend an der amerikanischen Leine. Vor allem Frau Merkel ist weit davon entfernt, irgendeine selbstständige Nahostpolitik zu betreiben. Willfährig setzt sie US-amerikanische Vorgaben um. Die einzige Ausnahme war 2011 die Weigerung, an der Libyen-Intervention direkt teilzunehmen. Dabei ist Europa von den Folgen der Nahost-Krise in hohem Maß betroffen. Gigantische Flüchtlingsströme aus dieser Region versuchen immer stärker, in Europa einzudringen. Die europäischen Staaten, nicht zuletzt Deutschland, werden dadurch ökonomisch und organisatorisch zunehmend überfordert. Es besteht auch die Gefahr, dass problematische ansteckende Krankheiten bis hin zu Ebola eingeschleppt werden, und bereits jetzt kommt es in Deutschland zu gewaltsamen ethnokulturellen Auseinandersetzungen, z. B. zwischen Kurden und Islamisten. Mit

dem weiteren Import solcher Konflikte ist zu rechnen. Von wachsender Kriminalität, eminenten Justizkosten (Dolmetscher, Ermittlungskosten etc.) und anderem wollen wir nicht reden, wohl aber davon, dass durch Überforderung der Integrationsfähigkeit der soziale Friede bedroht und durch Überfremdung die kulturelle Identität Europas und die nationalen Identitäten seiner Staaten zur Disposition gestellt werden.

Geopolitisch von Bedeutung ist nicht zuletzt die Tatsache, dass mit zunehmender Islamisierung durch Zuwanderung auch der Anteil gewaltbereiter salafistischer und terroristischer Moslems wächst. Wir kennen das Geschrei vom „Generalverdacht“, mit dem die Islam-Lobby von diesem Sachverhalt abzulenken versucht. Wir wissen aber, dass Deutschland schon heute ein Eldorado für Dschihadisten ist und sogar der Anschlag vom 9.11.2001 weitgehend in Hamburger Moscheen vorbereitet wurde. Die fließende Grenze zwischen Islam und Islamismus müssen wir ins politische Kalkül ziehen; dies umso mehr, als durch den *Islamischen Staat* jetzt ein gut organisiertes staatlich agierendes Kristallisationszentrum entstanden ist, das mit der deutschen Islamistszene vernetzt ist. Es ist mit Anschlägen und terroristischen Erpressungsaktionen zu rechnen, die nicht nur jeden Einkauf und jede Bahnfahrt zum Hochrisiko, sondern auch die deutsche Politik dem Islam immer gefügiger machen werden! Europa hätte also allen Grund, seine eigenen Interessen zu erkennen und die Amerikaner zu einer nachhaltigen Korrektur ihrer Nahostpolitik zu drängen. Andernfalls wächst hier eine 5. Kolonne des *Islamischen Staats* heran, die bereit und gewillt ist, den geopolitischen Nahostkonflikt auch als Bürgerkrieg in Europa auszutragen.

### **Lösungsmöglichkeiten und Forderungen**

Worauf müsste eine solche Korrektur hinauslaufen? Wie müsste eine europäische, insbesondere deutsche Nahostpolitik aussehen?

1. Mit dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich auch die Situation im Nahen Osten grundsätzlich. Das einschneidendste Ereignis war die Gründung des Staates Israel - insofern hoch problematisch, als sie nicht einvernehmlich, sondern gegen den Willen der dort lebenden Araber stattfand. In der Tat geht es um ein gewaltiges Vertreibungsverbrechen an den Palästinensern („Al Nakba“). Dennoch macht es Sinn, heute ohne Wenn und Aber das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Man kann altes Unrecht nicht durch neues, mutmaßlich noch größeres wieder gut- oder gar ungeschehen machen. Die Geschichte schafft neue Fakten, die man irgendwann akzeptieren muss, will man die Welt nicht ständig in Brand setzen!

2. Seit dem Sechstagekrieg 1967 betreibt Israel eine aggressive Siedlungspolitik im Westjordanland und in Ostjerusalem. Das ursprünglich von der UNO angedachte Vielvölkerstaat-Modell nach Schweizer Muster ist dadurch auf absehbare Zeit nicht mehr umsetzbar. Eine Zwei Staaten-Regelung erscheint derzeit als die einzige praktikable Lösung.

Als erster Schritt und Zwischenlösung müssen die von Israel besetzten Gebiete, das Westjordanland und Ostjerusalem, unter UN-Mandat gestellt und deren Grenzen wie auch die Grenzen Israels von 1967 durch UN-Truppen gesichert werden. Darüber hinaus muss der Nahe Osten atomwaffenfrei werden: Alle Staaten, insbesondere Iran und Israel, müssen auf Atomwaffen verzichten.

3. An der heutigen explosiven Situation im Nahen Osten tragen seit 1990 die USA die Hauptverantwortung. Bis dahin hatten sie über ihre Bündnispartner resp. Vasallenstaaten dort nur *indirekt* interveniert; danach als „einzig verbliebene Supermacht“ im Sinne der von Bush sen. ausgerufenen „Neuen Weltordnung“ immer häufiger direkt. Sie führten mehrere völkerrechtswidrige Kriege und zerstörten Staaten, die lange Zeit ein natürliches Bollwerk gegen die terroristischen Islamisten darstellten. Auf der anderen Seite wurden Al-Kaida und Bin Laden durch direkte amerikanische Unterstützung (im sowjetrussisch-afghanischen Krieg) groß gemacht, und letztlich ist auch der IS ein Produkt amerikanischer Interventionspolitik im Irak und in Syrien. So haben die Amerikaner den Nahen Osten destabilisiert und über die gesamte Region beispielloses Unglück gebracht: mindestens 200.000 Tote, Millionen Flüchtlinge, terroristische Bürgerkriege usw. Die Vollversammlung der UNO sollte, als symbolischer Akt der Weltgemeinschaft, dafür die USA öffentlich verurteilen.

4. Aus dem politischen Chaos des Nahen Osten wächst jetzt eine strukturierte Macht heraus, die auch eine Neuordnung im Nahen Osten anstrebt, freilich eine andere als die von den Amerikanern erwünschte: der Islamische Staat! 2003 als Reaktion auf die US-Invasion im Irak gegründet, zunächst eher unscheinbar und mit anderen Al Kaida-Abkömmlingen konkurrierend, erstarkte diese Terrororganisation vor allem 2013, als der Westen den Kampf gegen Assads syrischen Staat verstärkte. Auf Basis einer islamistisch reaktionären Ideologie, die von fanatisierten und brutalisierten Kämpfern umgesetzt wird, ist sie heute in der Lage, eine staatliche Neuordnung mit wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Infrastrukturen aufzubauen, und hat das zum Teil in erstaunlicher Weise schon umgesetzt. Dieser Islamische Staat ist die größte Gefahr im Nahen Osten. Er bedroht auch den internationalen Frieden weltweit, weshalb ihm die Weltgemeinschaft insgesamt entgegentreten muss. Die Führung sollte dabei nicht den höchst mitschuldigen USA, sondern dem UN-Sicherheitsrat obliegen.

5. Zunächst muss die wirtschaftliche Basis des *Islamischen Staats* zerstört werden. Gegen Staaten, die mit dem IS Handel treiben, ihn wirtschaftlich, durch Waffenlieferungen oder anderes unterstützen, müssen über die UNO einschneidende Sanktionen verhängt werden. Dies gilt für Saudi Arabien, für verschiedene Emirate und auch für die Türkei!

6. Konsequente Gegner des islamischen Staats, wie Assads Syrien, der Iran und natürlich Russland müssen vom Westen als Mitstreiter in der Anti-IS-Front akzeptiert und anerkannt werden. Das heißt, der Krieg gegen Assad muss eingestellt werden, die sog. Freie Syrische Opposition, ohnehin ein Papiertiger, zu einem Waffenstillstand mit Assad gezwungen werden. Die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran müssen aufgehoben werden und die Sanktionen gegen Russland, schon europapolitisch ein Skandal, sind auch im Hinblick auf das Nahost-Problem als äußerst schädlich zu verurteilen und aufzugeben.

7. Ein wichtiger Faktor, vor Ort der wichtigste im Kampf gegen den IS, sind die kurdischen Kampfverbände. Sie müssen logistisch und mit Waffen, schon aus Kompensationsgründen, massiv unterstützt werden. Schließlich kämpft der IS vorwiegend mit amerikanischen Waffen aus dem Irak! Insbesondere müssen die Kurden aus allen Staaten das Recht haben, als Freiheitskämpfer ins Kriegsgebiet zu ziehen. Bestrebungen, dies zu verhindern, wie sie vor allem von der Türkei massiv betrieben werden, müssen verurteilt und gegebenenfalls sanktioniert werden. Allen

Staaten der Region, insbesondere dem Iran und Syrien, muss es erlaubt sein, eigene Hilfstruppen für die Kurden in diesen Krieg mit dem IS zu entsenden.

8. Deutschland sollte logistisch, mit Geld und Waffenlieferungen die Kurden gegen den IS unterstützen, \*) ein direkter militärischer Einsatz mit eigenen Soldaten muss aber abgelehnt werden. Zum Schutz von UNO-Schutzzonen können auch von Deutschland aus wehrfähige Männer aus den Reihen der Asylanten und Kriegsflüchtlinge ausgerüstet und ins Kriegsgebiet versendet werden. Schließlich geht es primär um deren Interessen in den betroffenen Regionen.

9. Die Forderung nach einem eigenen kurdischen Staat sollten wir nicht unterstützen. Sie würde erhebliche Unruhe vor allem in der Türkei und dem Iran verursachen und damit die Lage im Nahen Osten zusätzlich destabilisieren, was niemand brauchen kann! Es geht um die Erweiterung und den Ausbau kurdischer Teilautonomien – die Kurden sprechen selbst von „Selbstmanagement“ - im Norden Iraks und Syriens. Ob und wann aus diesen teilautonomen Gebieten ein eigener neuer Staat erwächst, wird von der Stärke und Funktionsfähigkeit des syrischen und auch des irakischen Reststaats abhängen und kann jetzt noch nicht abgeschätzt werden.

10. Natürlich werden sich die Amerikaner erst einmal weigern, mit Syrien, Iran oder Russland in einer gemeinsamen Allianz gegen den IS zu agieren. Sie werden „humanitäre“ und rechtliche Vorwürfe erheben. Doch wer eng mit den Saudis kooperiert und israelische Kriegsverbrechen im Gaza schönredet, kommt international mit Moralattacken nicht mehr gut an. Die USA haben *außenpolitisch* mehr Dreck am Stecken als irgendwer sonst auf der Welt, vom CIA-Kidnapping bis zu 4000 unschuldigen Drohnenopfern. Nach moralischen Kriterien können sie sich ihre Bündnispartner schon längst nicht mehr aussuchen!

11. Den Islamischen Staat bekämpfen die USA nur halbherzig. Im Hinblick auf ihren türkischen Bündnispartner betrachten sie die Kurden und Syrien, und im Hinblick auf Israel den Iran als größere Gefahr als den IS. Die politische Isolation und wirtschaftliche Ruinierung Russlands hat für sie ohnehin oberste geopolitische Priorität. Wenn sich Obama hinstellt und allen Ernstes verkündet, Ebola, Putin und der IS seien die drei großen Gefahren für die Welt, wird deutlich, dass die Amerikaner in der Außenpolitik jegliches Augenmaß verloren haben. So aggressiv sie gegen Putin auftreten, so verhalten tun sie es gegen den IS. Warum aber greifen sie den IS überhaupt an? Weil dieser inzwischen nicht mehr nur Chaos verbreitet, sondern sich offensichtlich als ernsthaftes antiamerikanisches Gegenmodell im Nahen Osten zu etablieren droht.

12. Die Führung der Anti-IS-Front darf deshalb nicht in amerikanischen Händen liegen. Sie muss dem UN-Sicherheitsrat überantwortet werden, wobei dieser nicht überstaatlich als quasi neue Weltregierung verstanden werden sollte, sondern als multilateral agierender Koordinator. Die UNO muss von allen friedensliebenden Staaten dieser Welt in die Lage versetzt werden, ihren Führungs- und Koordinierungsanspruch gegen die USA durchzusetzen, deren Gebaren als Supermacht einzuschränken und die außenpolitischen Beziehungen insgesamt und gerade auch im Nahen Osten wieder multipolarer, das heißt demokratischer zu gestalten.

13. Das Problem der Flüchtlingsströme im Nahen Osten muss im Nahen Osten gelöst werden und nicht in Europa! Hierzu sollten, einvernehmlich mit der syrischen und irakischen Regierung, **internationale Schutzzonen** im Norden Iraks und Syriens eingerichtet werden, in denen Flüchtlingen so weit wie möglich Sicherheit, Unterkunft und Verpflegung geboten werden kann. Darüber hinaus sollten vor allem die Emirate und Saudi-Arabien - so ein begrüßenswerter Vorschlag von H. Broder - in großem Maß islamischen Flüchtlingen aus ihrem Kulturkreis Aufnahme gewähren. Diese Staaten haben erstens viel Platz, zweitens viel Geld, sind drittens intensiv islamisch und viertens durch ihre Unterstützung des IS nicht unschuldig an der Zuspitzung der politischen Situation im Nahen Osten.

14. Deutschland kann aus humanitären Gründen Kriegsflüchtlinge aufnehmen. Entsprechende Aufnahmequoten sollten plebiszitär festgelegt werden. Die Unterbringung kann nur zeitlich befristet und behelfsmäßig sein, ein Integrationsanspruch nach dem Motto „Der Flüchtling von heute ist der Nachbar von morgen“ explizit nicht akzeptiert werden: Sobald entsprechende heimatnahe Schutzzonen errichtet sind, besteht für die Kriegsflüchtlinge Rückkehrpflicht.

15. Weil Christen im Nahen Osten in besonderer Weise durch islamische Verfolgung bedroht sind, muss ihnen in Europa bevorzugt Asyl gewährt werden. Aber auch hier sollte man, wie die christlichen Patriarchen dort zu Recht betonen, die Anstrengungen mehr darauf konzentrieren, dass die Menschen bleiben und das Christentum im Nahen Osten eine Überlebenschance hat.

16. Ausländische Gäste, ob Flüchtlinge oder Asylanten, die ihr Aufenthaltsrecht dazu missbrauchen, religiöse und ethnokulturelle Konflikte bei uns auszutragen, oder gar Islamisten, die in Unterbringungsstätten gegen Christen vorgehen, müssen sofort ausgewiesen werden - wie wir überhaupt im Interesse der inneren Sicherheit mehr von Abschiebungsmaßnahmen rechtlich Gebrauch machen und entsprechende Vorkehrungen hierfür schaffen müssen.

17. Sofern nationale oder EU-Gesetze eine hier geforderte restriktivere Aufnahme- und großzügigere Ausweisungspolitik verhindern, müssen sie geändert werden. Dies gilt auch für das Asylrecht insgesamt und die rechtliche Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen.

## Resümee

Die Amerikaner versuchen, eine große Anti-IS-Allianz unter Einschluss Syriens, Irans und vor allem Russlands zu verhindern. Deutschland sollte sich dem widersetzen und den Einfluss der USA zugunsten des UN-Sicherheitsrats zu schwächen versuchen. Auch wäre es an der Zeit, sich grundsätzlicher dem amerikanischen Interventionismus entgegenzustellen. Das deutsche Verhalten im Irakkrieg 2003 und bei der Libyen-Intervention 2011 könnte als ausbaufähiger Maßstab dienen.

Die Zeit unipolarer amerikanischer Machtausübung ist vorbei. Die USA brauchen überall Europa, nicht nur in der Ukraine, auch im Nahen Osten. Wenn Deutschland seine eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen und sich weigern würde, die Sanktionen-Politik gegen Russland mitzutragen, fände der Kalte Krieg mit Moskau nicht statt. Und wenn es auch die Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran boykottierten würde, würde mit Einbeziehung der russisch-iranisch-

syrischen Achse die Front gegen den Islamischen Staat erheblich gestärkt. Deutschland ist für die US-Supermacht zum Zünglein an der Waage geworden. Es ist deshalb für die Deutschen nicht nur notwendig, sondern heute auch möglich, eine von den USA unabhängiger eigene Politik zu betreiben, damit den globalen Hegemon zu schwächen und in einer geopolitisch besser ausbalancierten Welt den Frieden sicherer zu machen.

Leider ist die deutsche Politik aber voll von Leuten, die im Westen keine Himmelsrichtung, sondern einen politischen Glauben sehen und jede selbständigere deutsche Politik, von ihnen als „Sonderweg“ oder „Sondersüppchen“ tituliert, als Glaubensabfall und quasi religiösen Frevel betrachten. Sie werden immer noch als „Atlantiker“ bezeichnet, was insofern irreführend ist, als die Charakterisierung „Europäer“ / „Gaullisten“ vs. „Atlantiker“ in den Zeiten des Kalten Krieges galt und eine rein *taktische* war. Sie stand unter dem *strategischen* Primat, die Sowjetunion als Hauptfeind Europas zu betrachten. Diese Sowjetunion gibt es aber nicht mehr, und Eigenständigkeit und Freiheit Europas werden heute vor allem durch die Supermacht USA eingeschränkt, nicht durch regionale Großmächte wie die Russische Föderation. Schon ein Blick auf die Wehrhaushalte macht die unterschiedliche Gefahr deutlich: 600 Milliarden \$ jährlich auf amerikanischer, 85 Milliarden \$ auf russischer Seite!

Wir sollten also nicht mehr – bagatellisierend – von „Atlantizismus“ sprechen, sondern von „*US-Hörigkeit*“. Sie ist das große Problem deutscher Politik, und in der Tat würde ihre Überwindung Rückgrat und Mut erfordern - nicht gerade typische Tugenden deutscher Politiker! Dabei sollen und wollen wir die Westbindung, d.h. das Bündnis mit den USA, ja nicht völlig aufkündigen. Es geht nur um eine Relativierung dessen, was bis 1989 noch seine Berechtigung hatte. Jetzt aber haben wir, von den Atomwaffen in der Eifel bis hin zur amerikanischen Überwucherung unserer Sprache, entschieden zu viel Amerika in Europa. Wir brauchen weniger davon, wir brauchen jetzt mehr Russland. Das ist die dialektische Herausforderung der deutschen Außenpolitik insgesamt und auch im Nahen Osten.

Weitere Informationen zum Thema auf meiner Webseite:

[www.wgmeister.de](http://www.wgmeister.de)

\*) vor einem Absatz: Absatz gegenüber der Erstfassung verändert

\*) im Text: einzelne Zeile gegenüber der Erstfassung verändert